

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Trabanten: Nachrichten Dresden.  
Fernsprecher-Nummern 25 241.  
Aus für Nachspeisende: 20011.

Bezugs-Gebühr v. 1. bis 15. Dezember 1924 bei tagl. zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 35 Pfg., die 40 mm breite Reklameweile 100 Pfg., außerhalb 120 Pfg. Offertensätze 10 Pfg. Zusätzl. Aufträge gegen Vorbezahlung.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Merkelstraße 38/40.  
Truck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Numm. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit drücklicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. — Unautorisierte Übersetzungen werden nicht aufbewahrt.

**Feurich Flügel**  
Ersten Ranges

**JULIUS FEURICH**  
Pianohandlung G. m. b. H.  
Verkaufslokal: Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Bock)

**Feurich Pianos**  
Ersten Ranges

## Die Kontrollkommission gegen Geedt.

### Angaben des „Journal“ über den bevorstehenden Militärkontroll-Bericht. Die Konfrontierung des Reichspräsidenten mit Enrig in Berlin. — Die deutschen Parteien und die Regierungsumbildung.

#### Das verschleierte Reichswehrmemorandum.

Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.  
Paris, 11. Dez. Die Berliner Berichterstatter des „Journal“ melden, die interalliierte Militärkontrollkommission angestrichelt mit Hochdruck an der Veröffentlichung des Berichtes über die Generalkontrolle der deutschen Entwaffnung. Über Wahrscheinlichkeit nach werde der Bericht am 20. Dezember beendet sein und die Kommission Berlin am 1. März verlassen. Der Berichterstatter glaubt zu wissen, daß der Bericht für Deutschland nicht so günstig sein wird, wie man es allgemein in Deutschland erwartet. Er enthält zahlreiche und außerordentlich genaue Kritiken über die Verletzung der Entwaffnungsbestimmungen. (?) An der Hauptsache werden drei Punkte aufgeführt:

1. Das Amt eines Generalissimus der Reichswehr, das bekanntlich General v. Seeckt innehat, sei unvereinbar mit dem Friedensvertrag. Die Alliierten verlangen also die Abkündigung dieses Amtes und fordern, daß das Oberkommando der Reichswehr aus zwei unabhängigen voneinander arbeitenden Offizieren ausgebaut werde, deren Funktionen genau festgelegt werden sollen.

2. Trotz wiederholter Vorstellungen hat die interalliierte Kontrollkommission es nicht erreichen können, daß vom deutschen Generalstab die Sonderarchive über den gesamten Stand der Bewaffnung des Reiches bei Abbruch des Waffenstillstandes abgerufen wurden. Vor einigen Monaten sei es einem englischen Kontrolloffizier gelungen, diese Archive zu entdecken. Der deutsche Verbindungsoffizier, der den englischen Offizier begleitete, habe den Engländer unter einem Vorwande aus dem Archiv herausgelockt, und als der englische Offizier zwei Stunden später zurückkehrte, sei das Archiv bis auf das letzte Blatt verschwunden gewesen. (?)

3. Die Schließung der Grenzfunktionen sei nicht entsprechend den Vorschriften des Friedensvertrages ausgeführt worden.

#### Die geheime Völkerbundsfigung.

Rom, 10. Dez. Ueber die heutige Geheimhaltung des Völkerbundsrates, in der die mit dem Untersuchungsrecht des Untersuchungsamtes in Deutschland, Ungarn und Bulgarien zusammenhängenden Fragen weiter behandelt wurden, veröffentlicht das Sekretariat des Völkerbundes eine Mitteilung, in der es u. a. heißt:

Am Namen der britischen Regierung erklärte Chamberlain an den Rat die Bitte, feststellen zu wollen, ob ein Einverständnis über die Geheimhaltung der Verhandlungen über den Rat eine Entscheidung zu treffen hätte

- 1. über die Zusammenfassung der Untersuchungskommission und
- 2. über die Frage, die den Berichten der Untersuchungskommission zu geben ist.

Der Rat beschloß, daß die Zusammenfassung der Untersuchungskommission mit Mehrheit beschließen erfolgen soll. In dem zweiten Punkt beschloß der Rat, die Prüfung der Frage in der Märztagung fortzusetzen, um so den Mitgliedern zum Studium der Frage Zeit zu lassen. Eine dritte Frage, die mit der Aufhebung des Untersuchungsrechtes zusammenhängt, ist von England aufgeworfen worden, der vorläufig die Kommission zum Studium der Frage über den Abhängigkeit zu Ende zu führen und in der Zeit mit der Prüfung des Problems der demilitarisierten Zonen zu beschäftigen, die in den Friedensverträgen vorgesehen sind. Der Rat hat dem Vorsitzenden des französischen Vertreters zu erkennen und wird morgen den Text einer entsprechenden Entschließung schließen. (W. Z. B.)

#### Das Genfer Protokoll vor dem Oberhaufe.

London, 10. Dez. In der heutigen Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Parmoor die Regierung um eine Mitteilung über ihre Politik bezüglich des Genfer Protokolls. Er erklärte, das Protokoll führe keinen neuen Grundlag in der Art einer Verpflichtung der Völkerbundsmitglieder, die nicht weitreichend genug seien, um sicherzustellen, daß in allen Fällen ein Alternativverfahren in internationalen Streitfragen vorhanden sei. Die britische Delegation sei feinerzeit entschlossen gewesen, daran festzuhalten, daß das Protokoll nichts enthalte, was irgendeine Einmischung in das Völkerrecht mit Bezug auf das Seefriedensrecht, wie es von englischen Vorkriegsrichtern ausgesagt wird, bedeutet oder zulasse. Nichts würde für die öffentliche Meinung in England von größerer Anziehungskraft sein, als die allgemeine Anwendung des Grundgesetzes der Schiedsgerichtsbarkeit auf der einen Seite und die Gewährung weiterer Ermachtungen an die internationalen Gerichte auf der anderen Seite. Lord Parmoor schloß, er wolle bei der Beratung der Regierung

auch im Namen seiner Kollegen, daß es von höchster Bedeutung sei, daß sie das Protokoll, welches abgeändert werden könne, wenn es für ratsam gehalten werde, genehmige.

Lord Curzon, der auf die Rede Parmoors antwortete, sagte, er könne vorläufig eine bestimmte Erklärung über die Politik der Regierung in der Angelegenheit des Protokolls nicht geben. In mancher Hinsicht gehe das Protokoll beträchtlich über die Völkerbundsbestimmungen hinaus, die weit elastischer seien, als das Protokoll, das manches enthielte, was von Kritikern für viel gefährlicher angesehen werde. Die in Frage kommenden Akten seien den zuständigen Ämtern, insbesondere der Admiralität, unterbreitet worden, und hätten auch dem Reichsverteidigungsamt vorgelegen. Die Frage müsse eingehend und mit größter Vorsicht geprüft werden. Lord Curzon äußerte schließlich sein Erstaunen über die Blättermeldungen, daß das Protokoll bei der nächsten Zusammenkunft des Völkerbundes im März erörtert werden würde. Es sei zweifelhaft, ob die Untersuchungen der Regierung bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt beendet sein würden. Lord Parmoor zog darauf seinen Antrag zurück.

#### Die Palästinafrage vor dem Völkerbundsrat.

Chamberlain beim Papst.  
Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“.  
London, 11. Dez. Der heutige Besuch Chamberlains beim Papst wird, wie der Daily Telegraph erzählt, die gegenwärtige Situation in Palästina unter dem britischen Mandat zum Gegenstand haben. Der Vatikan wird voraussichtlich die Beschwerden der christlichen und mohammedanischen Araber gegen den zionistischen Aufbauplan unterstützen.

#### Gelassen zu Ehren des Völkerbundsrates in Rom.

Rom, 11. Dez. Mussolini gab gestern abend zu Ehren der auswärtigen Mitglieder des Völkerbundsrates ein Banquet, an dem unter anderem Chamberlain, Priand, Reich, Poincaré, alle Mitglieder des Völkerbundsrates, mehrere italienische Minister, die Präsidenten von Kamer und Senegal sowie andere angesehene Persönlichkeiten teilnahmen.

#### Ein Londoner Handelskammerauschuß gegen die 26 Prozent.

London, 11. Dez. Der Ausschuss für Reparationsfragen, der von der Abteilung für Porzellan, Glas und Luxuswaren der Londoner Handelskammer ernannt worden ist, hat eine Resolution angenommen, worin der

Abbruch des Handelsvertrages mit Deutschland begrüßt und gleichzeitig die Abänderung des gegenwärtigen Systems der Einfuhrzölle der 26 prozentigen Reparationsabgabe verlangt wird. Das jetzige System sei verhängnisvoll für den britischen Handel und werde möglicherweise auch den ganzen Handelsvertrag in Gefahr bringen. (W. Z. B.)

#### Die amerikanischen Goldsendungen.

Berlin, 10. Dez. Im Anschluß an den New Yorker Rundspruch, daß 2 Millionen Gold nach Deutschland unterwegs seien, teilt die „Post“ mit, die Reichsbank beabsichtige, ihren amerikanischen Kredit von 110 Millionen Dollar abzurufen. Das Bankhaus Morgan werde wöchentlich durchschnittlich 5 Millionen nach Deutschland senden.

#### Der Kampf um die Dawes-Beule.

Washington, 10. Dez. Im Staatsdepartement ist eine englische Note eingegangen, in der die Faltung Englands in der Frage der Zahlung der Amerika aus dem Kriege erwachsenen Ansprüche aus den Einkünften des Dawes-Planes dargestellt wird.

Das Staatsdepartement in Washington befaßt sich augenblicklich mit der Prüfung der Note, die in einigen Tagen beantwortet werden wird. Man betrachtet es als sicher, daß Hughes auf der Anerkennung des Grundgesetzes bestehen werde, daß die amerikanischen Ansprüche als denen der anderen Mächte gleichwertig behandelt werden sollen. In diesem politischen Streifen weiß man darauf hin, daß die britische Note nicht gegen die Ansprüche Amerikas auf die Reparationskosten richtet, für die zwischen den Vereinigten Staaten und den Alliierten ein Sonderabkommen besteht, sondern nur das Recht der amerikanischen Regierung in Frage stellt. Verzögerungen aus dem Dawes-Plan zu erhalten, um die schiedsgerichtlichen Urteile der gemischten Schadenersatzkommission erfüllen zu können. (W. Z. B.)

#### Polen erhöht sein Militär-Budget.

Warschau, 11. Dez. In dritter Lesung wurde gestern über eine Nachtragsforderung der Regierung in Höhe von 125 Millionen abgelehnt, deren größerer Teil zu Militärausgaben bestimmt ist. Nach verschiedenen Reden der Kommunisten und der ihnen nahestehenden Bauerngruppe wurde das Budget angenommen, ohne daß dabei, wie beabsichtigt war, von der rechten Seite der ausrichtslose Versuch gemacht worden wäre, den Außenminister Stronski zu kürzen.

## Frankreichs neue Vertreter in Madrid und London

### Fleuriots Bemühungen um die französisch-englische Entente.

(Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Paris, 11. Dez. Der neue französische Vorkonkurrenz in Madrid, Peretti della Rocca, ist gestern abgereist, um seinen Posten anzutreten. Vor seiner Abreise hatte er eine Unterredung mit St. Pree vom „Journal“, dem er u. a. erklärte, daß seine Hauptaufgabe die Sicherung und Entwicklung der guten Beziehungen zwischen Frankreich und Spanien sei. Die Bande der Verwandtschaft der beiden Länder müssen in einer Atmosphäre herzlichen Vertrauens und enger Zusammenarbeit geknüpft werden.

Der neue französische Vorkonkurrenz in London, de Meuriot, wird sich zu Beginn der nächsten Woche auf seinen Posten begeben. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Matin“ erklärte Meuriot, daß die Hauptaufgabe Frankreichs und Englands die Aufrechterhaltung des Friedens sei. Der Frieden hänge wesentlich von einer festen Entente zwischen Großbritannien und Frankreich ab. Wenn diese Entente auf einer Realität beruhe und wenn sie täglich im Geiste der Herzlichkeit erweitert würde, dann sei die Aufrechterhaltung des Friedens für lange Jahre gesichert. Frankreich und England seien die beiden ältesten Länder Europas. Ihre Interessen lägen in allen Teilen der Welt, und infolgedessen könne es möglich sein, daß man schwere Aufregungen machen müsse, um die beiderseitigen Gesichtspunkte auszugleichen, die in einer großen Anzahl von Punkten einandergerichten könnten.

Paris, 10. Dez. Ministerpräsident Herriot ist infolge eines leichten Infektionsanfalls gezwungen, das Bett zu hüten. (W. Z. B.)

#### Berlinag zum Genfer Protokoll.

(Wagner-Druckbericht der „Dresdner Nachrichten“)

Paris, 11. Dez. Berlingar befaßt sich im „Echo de Paris“ mit der Sicherheitsfrage. Da das Genfer Protokoll in Gefahr sei und den Abbruch eines französisch-englischen Sondervertrages in den Bereich der Möglichkeiten rücke, könne man verschiedene Vermutungen auf beiden Seiten des Kanals bemerken. Die einen, darunter auch er, freuen sich über das förmliche Verwinden des Genfer Protokolls, das unfähig gewesen sei, die Sicherheit Frankreichs zu sichern. England könne vielleicht dazu gebracht werden, zu Frankreich und zu seinem eigenen Vollen beizutreten, aber genau präzisiertere Verbindungen zu unternehmen, die geeignet seien, die deutsche Gefahr zu bannen. Andere wieder seien der Ansicht, man müsse England mahnen lassen, daß es seine Unterhändler von der letzten Völkerbundstagung nicht desavouieren könne. Durch diese Tatsache würde England in die Enge getrieben werden und dann unweigerlich bereit sein, einen Sondervertrag zu unterzeichnen. Die Dritten bedauern aufrichtig das Verschwinden der Genfer Konvention. Dazu zählen die Radikalen und Radikalsocialisten in Frankreich, die Ideologen und Pazifisten und in England die Anhänger der Fokkerungstheorie. Die drei Gruppen behaupten, daß bei einer Wiederherstellung des alten Systems der Krieg unvermeidbar werde. Berlingar antwortet dieser Gruppe mit einem Loblied auf die Bündnispolitik Mussolinis. Der eiserne Manier habe es verstanden, durch Desinfektionsverträge den Frieden nach dem Kriege 1870 jahrelang lang aufrechtzuerhalten. Nur durch die Unachtsamkeit und den falschen Ehrgeiz kurzfristiger, machthafter Diplomaten in Deutschland sei das Grundwerk Mussolinis in das Weltrecht verkehrt und der Krieg unvermeidbar geworden.